



Verantwortung beginnt vor Ort: Fairen Handel stärken

Globalisierte Wirtschaftsstrukturen führen zu Lücken im Menschenrechtsschutz. Der rohstoffreiche Süden ist überwiegend Lieferant für die Unternehmen im Norden. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen, Umweltkatastrophen und schweren Menschenrechtsverletzungen. Arbeits-, Sicherheits- und Umweltstandards entlang der Lieferketten werden selten eingehalten. Die Pflicht, die Menschenrechte zu schützen, liegt grundsätzlich beim Staat, doch kommt Unternehmen ebenfalls eine Verantwortung zu, gerade da, wo der staatliche Schutz ausbleibt. Bis 2030 soll die Ressourceneffizienz weltweit verbessert werden, es wird eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung angestrebt, ebenso wie produktive Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit unabhängig von Geschlecht, Alter und Behinderungen eines Individuums. Zudem müssen Zwangsarbeit und moderne Formen der Sklaverei und des Menschenhandels sofort bekämpft werden. Der Faire Handel leistet hier einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einem anderen Wirtschaftssystem mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Landkreise, Städte und Gemeinden können die Ziele des Fairen Handels unterstützen, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Als öffentliche Auftraggeber besitzen Kommunen ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Auch üben sie eine wichtige Vorbildfunktion aus: Hier werden rund die Hälfte der 350 Milliarden Euro verantwortet, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben werden.



Im Vorfeld der Kommunalwahl am 12. September 2021 wollten wir von den aktuell im Stadtrat vertretenen Parteien gerne wissen, welche Ziele sie mit Blick auf den Fairen Handel in unserer Stadt für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus verfolgen.

Unsere Fragen an die Ratskandidierenden und die Kandidierenden für das Amt der/des Oberbürgermeisterin/s:

- 1.** Wie möchte Ihre Partei den Fairen Handel - bei dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden - in der Kommune stärken?
- 2.** Die Stadt Braunschweig trägt seit 2014 den Titel „Fairtrade Town“: Welche Auswirkungen hat die Auszeichnung für das Handeln der Stadt, wie planen Sie und Ihre Partei, diesen Titel mit „Leben zu füllen“ und die Braunschweiger Bürger:innen für das Thema zu sensibilisieren?
- 3.** Gibt es konkrete Pläne (z.B. Monitoringsysteme, anspruchsvolle Ziele, Schaffung einer Kompetenzstelle), die öffentliche Beschaffung stärker nach ökologisch und sozialen Kriterien auszurichten?
- 4.** Welche Überlegungen oder konkreten Pläne gibt es zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle (z.B. kooperative Ökonomien: Repair- und Sharing-Modelle, Gemeinwohlökonomie) in der Stadt zu fördern?

Die Antworten der Ratskandidierenden bzw. deren Parteien und die Kandidierenden für das Amt der/des Oberbürgermeisterin/s:



Thorsten Kornblum für SPD

1. Wie möchte Ihre Partei den Fairen Handel - bei dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden - in der Kommune stärken?

Die Stadt Braunschweig hat bereits einige Maßnahmen getroffen, um den fairen Handel zu stärken, beispielsweise innerhalb der Stadtverwaltung. Vor einigen Jahren wurde eine Steuerungsgruppe „Fairtrade“ eingerichtet, an der neben der Stadtverwaltung zahlreiche Organisationen beteiligt sind und die sich mit der Umsetzung von fairem Handel in der Kommune befasst. Außerdem achtet die Stadtverwaltung bei der Materialanschaffung für den Eigengebrauch darauf, nach Möglichkeit Fair-Trade-Produkte, z. B. fair gehandelten Kaffee, zu erwerben.

Ebenso hat die Stadt im Jahr 2018 einen Fair-Trade-Fonds mit dem Volumen von 10.000 Euro eingerichtet. Durch diesen werden Projekte gefördert, die zur gesellschaftlichen Bildung und Weiterentwicklung der Stadt im Bereich Fair Trade beitragen sollen. Beispiele für solche Projekte sind die Faire Woche, organisiert von Ihrem Verein „Fair in Braunschweig e. V.“, oder die Ausstellung „Fair statt Fast – Neue Wege der Modeindustrie“, die von der hiesigen Regionalgruppe „Kampagne saubere Kleidung“ durchgeführt wurde.

Dies zum Status quo. Als weitere Verbesserungsmöglichkeit setzt sich die SPD Braunschweig im Bereich Lebensmittel beispielsweise für die Einrichtung eines Ernährungsrates ein. Es ist auch ein Aspekt des fairen Handels, durch den Erwerb von regionalen und saisonalen Nahrungsmitteln örtliche Erzeuger:innen zu unterstützen und natürlich angemessen für ihre Arbeit zu bezahlen. So gehen Klimaschutz, ein gesunder Lebensstil und gute Arbeitsbedingungen Hand in Hand.

Ebenso steht die SPD Braunschweig für die Umsetzung des niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes, in dessen Rahmen die Kommune ausschließlich mit Unternehmen kooperieren soll, die tarifgebunden sind und den Mindestlohn zahlen. Gute Arbeit ist eine Herzensangelegenheit der Sozialdemokratie.

2. Die Stadt Braunschweig trägt seit 2014 den Titel „Fairtrade Town“: Welche Auswirkungen hat die Auszeichnung für das Handeln der Stadt, wie planen Sie und Ihre Partei, diesen Titel mit „Leben zu füllen“ und die Braunschweiger Bürger:innen für das Thema zu sensibilisieren?

Um den Titel „Fairtrade Town“ tragen zu dürfen, müssen einige Bedingungen von der Stadt erfüllt werden. So ist die Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Fairtrade“, wie sie auch in Braunschweig existiert, eine Grundvoraussetzung. Weiterhin müssen die Stadtverwaltung selbst, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, aber auch ansässige Gastronomie- und Handelsbetriebe fair gehandelte Produkte anbieten. Voraussetzung ist auch, dass öffentliche Institutionen entsprechende Bildungsveranstaltungen durchführen. Der Titel „Fairtrade Town“ bedeutet also, dass die Stadt das Thema „fairen Handel“ dauerhaft und bezüglich verschiedener Angelegenheiten in ihr Handeln einbeziehen muss. Zu diesem Ziel steht die SPD Braunschweig, und gute Vorschläge für eine Weiterentwicklung werden von uns unterstützt.

Soziale Gerechtigkeit gehört zum Kern der SPD. Arbeitsminister Hubertus Heil hat mit dem nationalen Lieferkettengesetz, welches er auf den Weg gebracht hat, einen Meilenstein für fairen Handel gesetzt. Es ist aber auch ein Beispiel dafür, dass viele der mit Fair Trade verbundenen Aspekte die Handlungsmöglichkeiten in der Kommune übersteigen und auf

staatlicher oder internationaler Ebene angegangen werden müssen. Dementsprechend wird die SPD auf Bundesebene sicherstellen, dass die Einnahmen von Landwirt:innen deren Lebensgrundlage sichern können – so steht es im SPD-Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Die SPD wird im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher:innen, Landwirt:innen und fair handelnden Wettbewerbern. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen von Wanderarbeitnehmer:innen wird die SPD bekämpfen.

All dies ist unverzichtbar für die Etablierung fair gehandelter Waren im Alltag und geht natürlich über Lebensmittel hinaus. Daher hat es sich die SPD zum Ziel gesetzt, den Mindestlohn für alle Beschäftigten in Deutschland zunächst auf zwölf Euro zu erhöhen und den Spielraum der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen auszuweiten.

Sie nennen in Ihren Wahlprüfsteinen ebenfalls die Notwendigkeit, die Braunschweigerinnen und Braunschweiger für das Thema „Fair Trade“ zu sensibilisieren. Die Durchführung von Bildungsveranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen ist ja bereits eine Voraussetzung für den Erhalt des Titels „Fair Trade Town“. Die Durchführung solcher Veranstaltungen wird weiterhin erfolgen. Die SPD Braunschweig setzt sich in diesem Rahmen zum Beispiel für eine städtische Imagekampagne „In Braunschweig leben wir nachhaltig“ (Arbeitstitel) ein, um bei den Bürgerinnen und Bürgern für einen rücksichtsvollen Lebensstil zu werben.

Man muss aber ehrlicherweise dazusagen, dass solche Bildungskampagnen bei weitem nicht ausreichen, um fair gehandelte und nachhaltige Waren in der Breite durchsetzungsfähig zu machen. Es ist eine gesellschaftliche Realität, dass sich viele Menschen in Deutschland fair gehandelte Produkte noch nicht leisten können. Fair Trade kann sich aber nur durchsetzen, wenn alle Teile der Bevölkerung so gut wie möglich in dieses Projekt eingebunden werden. Wir müssen daher die Menschen nicht nur für das Thema sensibilisieren, sondern sie auch dazu befähigen, fair gehandelte Waren kaufen zu können. Die beste Aufklärung nützt nichts, wenn aus finanziellen Gründen das gewonnene Wissen beim Einkauf nicht angewendet kann. Daher ist es entscheidend, branchenübergreifend für faire Arbeitsbedingungen und Löhne zu sorgen.

3. Gibt es konkrete Pläne (z.B. Monitoringsysteme, anspruchsvolle Ziele, Schaffung einer Kompetenzstelle), die öffentliche Beschaffung stärker nach ökologisch und sozialen Kriterien auszurichten?

Was die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften betrifft, orientiert sich die Beschaffung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen bereits vielfach an ökologischen und sozialen Kriterien.

Die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien im Rahmen von Ausschreibungen ist ein rechtlich komplexes Thema. Nach Ansicht der SPD besteht hier womöglich ein noch größerer Spielraum, als er bisher ausgeschöpft wird. Die Möglichkeiten, Vorteile und Grenzen der Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsaspekten bei öffentlichen Ausschreibungen der Stadt müssen innerhalb der Verwaltung, also zwischen den verschiedenen zuständigen Stellen, aber auch zwischen Verwaltung und Rat abgestimmt werden. Die SPD steht einen solchen Diskurs offen gegenüber.

Die Stadtverwaltung erarbeitet zurzeit das Integrierte Klimaschutzkonzept 2.0, das verschiedene ökologische Aspekte berücksichtigt. In diesem Rahmen wird beispielsweise ein Konzept für die Schaffung eines Nachhaltigkeitszentrums geplant. Das Nachhaltigkeitszentrum soll sich dabei auf das Themenfeld „Klimafreundlicher Alltag“ der

Braunschweigerinnen und Braunschweiger konzentrieren, und richtet sich thematisch besonders auf den Umgang mit und Konsum von Lebensmitteln und Waren. Es soll Akteure in der Braunschweiger Stadtgesellschaft vernetzen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, und ihnen eine Plattform bieten, damit sie mehr Sichtbarkeit erlangen können. Der Umsetzungsprozess des Klimaschutzkonzeptes wird natürlich von regelmäßigen Monitoring- und Controlling-Aktivitäten begleitet. Bezüglich der Findung von geeigneten Kriterien für die Erfolgsbewertung von Klimaschutzmaßnahmen befindet sich die Stadt Braunschweig aktuell in einem Austausch mit Akteuren aus den entsprechenden Fachgebieten.

4. Welche Überlegungen oder konkreten Pläne gibt es, zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle (z.B. kooperative Ökonomien: Repair- und Sharing-Modelle, Gemeinwohlökonomie) in der Stadt zu fördern?

Solche neuen Wirtschaftsmodelle beginnen bereits, sich in der Stadt zu etablieren. Besonders Sharing-Angebote sind hier auf dem Vormarsch. In Braunschweig gibt es bereits stationsbasiertes Bike-Sharing sowie stationsunabhängiges Car- und E-Scooter-Sharing. Die SPD Braunschweig setzt sich dafür ein, solche Angebote weiter auszubauen, damit der motorisierte Individualverkehr reduziert werden kann, die verschiedenen Anlaufstellen in der Braunschweiger Innenstadt aber weiterhin gut erreichbar bleiben.

Ein weiteres wichtiges Stichwort ist die Kreislaufwirtschaft. Der Schutz unserer Umwelt wird langfristig nur gelingen, wenn wir Ressourcen schonen und Abfall vermeiden. Zu diesem Zweck ist in Braunschweig auf Initiative der SPD-Fraktion beispielsweise der Recup-Becher eingeführt worden. Dies ist ein To-go-Becher, der in Bäckereien und Cafés erhältlich ist und auf einem Pfandsystem beruht. Solche Konzepte müssen sich in vielen weiteren Bereichen in unserer Stadt durchsetzen.

Die SPD Braunschweig hat weiterhin ein Klimaschutzkonzept erarbeitet, in dem sie sich dafür ausspricht, lokale Initiativen wie die „TU-Fairteiler“, die Tafeln oder Food-Sharing-Projekte zu unterstützen, die sich gegen Lebensmittelverschwendung einsetzen. Ebenso möchte sie erreichen, dass die Verwendung von Einweggeschirr aus Plastik bei öffentlichen Veranstaltungen nicht mehr zulässig ist, in allen von der Stadt geförderten Einrichtungen Mehrweggeschirr eingesetzt wird und durch einen Ausbau der Secondhandkultur die Wiederverwendung von Gebrauchsgegenständen gefördert wird. Darüber hinaus setzt sich die SPD Braunschweig dafür ein, regelmäßig öffentliche Kampagnen für sortenreine Mülltrennung durchzuführen, damit eine gute Quote der stofflichen Wiederverwertung erreicht werden kann.

Auch auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, dass das Prinzip der Kreislaufwirtschaft durchgängig angewandt wird. Sie möchte daher Konzepte für Recycling und Rohstoffsicherung erarbeiten, die eine sichere Lieferung von Rohstoffen gewährleisten sollen, die für eine umweltfreundliche Produktion nötig sind.

Der **Eine Welt Laden** im Ev. Stadtjugenddienst Braunschweig (www.staju.de/eine-welt-laden) setzt sich gemeinsam mit Ehrenamtlichen seit mehr als 30 Jahren für eine gerechte Weltwirtschaft ein, indem er Produkte aus dem Fairen Handel verkauft, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzent:innen vor Ort zu verbessern, viele verschiedene Informationsmaterialien rund um Fairen Handel und Nachhaltigkeit etc. (auch Verleih) bereitstellt sowie Seminare, Vorträge und ähnliches für Schulklassen, Konfirmand:innengruppen, Kirchengemeinden, aber auch für Firmen, Privatpersonen und alle Interessierten anbietet.

Der **Verein Fair in Braunschweig** (www.fair-in-braunschweig.de) setzt sich seit 2013 für faires Verhalten in unserer Region und Stadt ein. Für mehr Achtsamkeit und Respekt der Menschen untereinander und der Natur gegenüber. Der Verein will glaubwürdigen Einfluss nehmen zugunsten unserer Mitwelt. Neben Bildungsarbeit, Beratung, und Vernetzung bietet der Verein eine Anlaufstelle für alle, die sich mit Gedanken der Einen Welt identifizieren und diesen vorantreiben. Darüber hinaus begleitet und initiiert der Verein Aktivitäten im Rahmen der Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Braunschweig. Nicht zuletzt vertreibt der Verein den bio-fairen Braunschweig Kaffee und die bio-faire Braunschweig Schokolade. Der Verein ist auch Träger des bundesweiten Eine-Welt Regionalpromotor*innen-Programms. Die Regionalpromotorin Anna Thiel setzt sich für die Vernetzung und Beratung von entwicklungspolitischen Gruppen und Initiativen zur Förderung des Fairen Handels ein. Ihr Schwerpunktthemen dabei sind Unternehmensverantwortung und Sozialstandards.

Der **Oikocredit Förderkreis Niedersachsen Bremen e.V.** (www.niedersachsen-bremen.oikocredit.de) mit Sitz in Braunschweig engagiert sich seit 1980 für weltweite Solidarität und soziale Gerechtigkeit mit dem Fokus auf eine gerechte und nachhaltige Finanzwirtschaft und einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Oikocredit ist eine weltweit tätige Genossenschaft und ein sozialer Kreditgeber. Seit über vier Jahrzehnten setzt sich Oikocredit durch Finanzierungen in den Bereichen inklusives Finanzwesen, Landwirtschaft/Fairer Handel und erneuerbare Energien für nachhaltige Entwicklung und Stärkung von Gemeinschaften im Globalen Süden ein.

Das **Projekt Faire Gemeinde** (www.fairegemeinde-lkbs.de) der Landeskirche Braunschweig wurde im Mai 2019 als Kooperation des Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit (AJAB), der Evangelischen Erwachsenenbildung (EEB) und Brot für die Welt ins Leben gerufen. Ziel ist es das Interesse und das Bewusstsein für Themen aus den Bereichen Fairer Handel und Nachhaltigkeit bei unseren Gemeinden und Gestaltungsräumen (weiter) zu fördern und diese schließlich dabei zu unterstützen selbst zur Fairen Gemeinde zu werden. Aktuell sind in der Stadt Braunschweig fünf Gemeinden mit dem Titel „Faire Gemeinde“ ausgezeichnet.

